

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**Nr.** XIX. GP-NR
165 /A (E)
Präs. 09. Feb. 1995

der Abgeordneten Anschöber, Schweitzer

betreffend Einsatz der Subvention für Anti-Atom-International (AAI)***Der Nationalrat wolle beschließen:***

Die Bundesregierung wird ersucht, Maßnahmen zu setzen, um sicherzustellen, daß die seitens des Bundesministeriums für Umwelt für 1995 in Aussicht gestellte Projektsubvention für AAI (die Dachorganisation der österreichischen Antiatominitiativen), im Ausmaß eines Drittels zur Basisfinanzierung der Infrastruktur eingesetzt werden kann.

BEGRÜNDUNG:

Anti-Atom-International (AAI) erhält als koordinierende Dachorganisation basierend auf einer Zusage der ehemaligen Umweltministerin Fleming, die von ihrer Nachfolgerin wie auch von BM Rauch-Kallat jährlich erneuert wurde, pro Jahr für die Durchführung von Projekten rund 2 bis 2,5 Millionen Schilling. Daraus werden konkrete Aktivitäten der vielen Bundesländer- und Regionalinitiativen, aus denen sich AAI zusammensetzt, finanziert. Ein großer Teil dieser Basisarbeit im Bereich Information (Veranstaltungen im In- und Ausland, Erstellung und Herausgabe von Broschüren, Vernetzung mit den Initiativen in Tschechien, der Slowakei aber auch innerhalb der EU, sowie Erarbeitung und Umsetzung sachbezogener Konzepten) wird ehrenamtlich geleistet. Ein Minimum an tragfähiger Infrastruktur in Form eines bescheidenen aber kontinuierlichen Bürobetriebes der zentralen Koordinationsstelle ist aber für die Basisarbeit unbedingt notwendig. Derzeit wird die Bürofinanzierung wie ein Projekt behandelt und damit so erschwert, daß für 1994 erst gegen Jahresende ein Teilbetrag der für das laufende Jahr erforderlichen Bürokosten angewiesen wurde.

Unter den bisherigen Bedingungen, wonach es aus der Gesamtsubvention nicht zur fixen Finanzierung der Infrastruktur kommen kann, ist eine kontinuierliche und effiziente Arbeit nicht möglich, da auch einsatzfreudige Mitarbeiter nicht 10 bis 11 Monate ohne Einkommen arbeiten können. Mithilfe der Annahme des gegenständlichen Entschließungsantrages und im Rahmen der regelmäßigen Gespräche zwischen AAI und Regierungsvertetern könnte diese Situation für die Zukunft entscheidend verbessert werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß vorgeschlagen.